

1995/6 wird Maximilian Bähring im Zivildienst der Klinik Dr. Baumstark sexuell missbraucht.  
1998 wird er vom Ex seiner Komillitonin einer kurzfristigen Liasion mit dem Leben bedroht.

Maximilian Bähring erstattet mehrfach Strafanzeigen gegen untätige Polizeibeamte und zwar in Bad Homburg v.d.Höhe, dem 1. und dem 5. Revier in Frankfurt a.M. und beschwert sich bereits 2003 und 2005/6 bei den hessischen Ministern für Justiz und Inneres durch Briefe/Faxe und eigenes Vorsprechen.

Aufgrund böartigster Verleumdungen (er würde Drogen nehmen) der Mutter seiner Tochter im Sorgerechtsverfahren geht sein Betrieb pleite und er verliert den Job. Seit 14 Jahren hetzt die Kindesmutter das Kind gegen ihn auf, er bekommt es nicht zu sehen. Seine Ex ist in einer Sekte, „REIKI“ = pseudomedizinischer Unfug religiöses „Heilen durch Handauflegen“, der auch – und da schließt sich der Kreis – seit neuestem bei der Kur und Kongress (Baumstark) praktiziert wird. Deshalb wollen die ihn auch unbedingt über irgendwelche Gutachten zu denen das städtische Jugendamt im Sorgerechtsprozes nötigt medizinisch-psychiatrisch mundtot machen. Immerhin gehört die Klinik in der er mißbraucht wurde der Stadt im Verwaltungsrat sitzt der OB. Als er über die auch ansonsten katastrophalen Zustände berichten wollte auf einem Internet-Portal für Klinik-Bewertungen wurden die Bewertungen gelöscht. Er nimmt kein Drogen, Politikerkinder nehmen allerdings welche, hat er auch ausgesagt.

Die Server von ihm und seinen alten Unternehmen liegen unter Hacker / DDOS-Dauerfeuer man generiert gigantische Telekommunikationskosten zu seinen Lasten. Netz-Provider plündern trotz fehlender Verträge oder Einzusermächtigungen sein Sozialhilfe-Girokonto. So will man verhindern daß er sich an die die Öffentlichkeit wendet / diese informiert.

Man versucht außerdem über eine Entmündigung mit neuem Vormund „Reiki“-Sekte eine Vormundschaft über ihn zu errichten um über sein Kind eine unterhaltliche Durchgriffshaftung auf das nicht unerhebliche Vermögen seiner Eltern herzustellen (5% eines Bergbau- und Aufbereitungsbetriebes, Rüstungszulieferer der Isaelis in Österreich).

Als er 2007 mangels finanziellen Mitteln gezwungen ist Sozialhilfe zu beantragen verweigert man ihm diese. Man verweigert ihm ausserdem einen Analt um sein Recht auf Sozialhilfe durchzusetzen. Zwischen dem 05. Februar 2007 und dem 28. April 2007 versucht das Jocenter in Fankfurt a.M. ihn obdachlos zu bekommen und mit Todesfolge auszuhungern. Mit aller Gewalt versucht man erstmalig ihn schwerst körperzuverletzen: im Sinne des § 226 (1) 3 StGB, einen psychischen Zusammenbruch herbeizuführen um ihn so in einer Psychiatrie faktisch mundtot zu bekommen. Hiergegen versucht er im Verfahren 3 Zs 1795/08 GStA Frankfurt Main vorzugehen. Später gerät er wieder und wieder rechtsmissbräuchlich/willkürlich in Gefangenschaft wird dort vergiftet und macht mehrere Hunger- (25 Tage) und Trink-/Durststreiks (zwo mal secheinhalb Tage)! Die strafangezeigten Polizisten „bedanken“ sich für die Anzeige indem sie bei ihm vorstellig werden und ihn einschüchtern, man werde ihn verschwinden lassen - wenn er den Rechtsweg beschreite / die Dienstaufsicht einschaltet. Er wendet sich hilfesuchend an das europäische Parlament, NGOs (amnesty etc.) sowie Diplomaten verschiedener ausländischer Staaten.

Er wird von einem betrunkenen Nachbarn fast erwürgt. Außerdem wurde er mehrfach überfallen (möglicherweise um an Datenträger mit Netzwerkpasswörtern zu gelangen mit denen man täterseitig glaubt an Vermögen von ehemaligen Kunden seines EDV-Betriebes, milliardenschweren Pensionsfonds, zu kommen), von Hunden gebissen und angeblich von ihren Männern verprügelten Trinkerinnen derart gestalkt daß ein Umzug von Bad Homburg v.d.Höhe nach Frankfurt a.M. notwendig wurde.

Abgesehen davon wird ihm permanent das Waser abgestellt – wohl vor dem Hintergrund daß seine Eltern mal eine Bürgerinitiative hatten die sich gegen die Errichtung einer Klärschlamm-trocknungsanlage für das gesamt Rhein-Main Gebiete vor der eigenen Haustür wendete. Wahrscheinlich deshalb interniert man ihn während Wahlen und verbietet ihm für die spätere Piratenpartei – den Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung - Plakate für einen Bürgerrechts-Demoaufruf gegen einen totalitären Überwachungsstaat –zu kleben. Zudem wird er so falsch in die Wählerregister eingetragen daß ihm Wahlberechtigungspostkarten gar nicht zugehen und er bei jeder Wahl – mit Information der OSZE – einzeln beim Wahlleiter das Fehlen einer solchen anmahnen muß eine zu erhalten. (WP 88/13 Deutscher Bundestag)

Und man rächt sich wohl für seine Position zu Zeiten seiner Aktivität als Jugendparlamentarier als er die Meinung vertreten hat daß Väter genau so ein Elternrecht zusteht wie irgendwelchen Schlampen die neben dem Pille einwerfen dann auch noch vergessen haben wollen mit wem sie „geschnaggserlt“ haben „anonyme Vaterschaft“ wenn es außer um Unterhalt oder Papiere vom „ANONYMEN“ Vater Staat (dem Steuerzahler) auch mal darum geht daß Väter ihre Kinder anteilig selbst erziehen (Hälfte der Zeit) und natürlich sehen/besuchen wollen damit Unterhalt nicht in den schwarzen Kassen von Sekten verschwindet.

Nachdem er die Frechheit besessen hat sofort als das neue Sorgerecht geschaffen wurde diese für sein Kind zu beantragen hat man versucht ihn einzuschüchtern indem er von Polizisten regelrecht „zusammegschlagen“ wurde. Seine Eingaben an Gerichte werden unbegrüdet „verworfen“ auch beim Bundesverfassungsgericht, Post (auch Einschreiben) verschwindet mehrfach.

## **finsterstes Mittelalter**

Es ist ein Rückfall ins finsterste Mittelalter wenn wir glauben es stünde der Kirche zu Vätern zu diskreditieren um ihr propagieren eines von der Biologie losgelösten Vaterbildes zugunsten des Geschäftes mit kirchlichen Adoptionen zu ermöglichen. Es gibt keinen kirchlichen „il Papa“ sondern nur einen tatsächlichen Vater und das ist der Mann von dem ein Kind genetisch abstammt.

Die Schweinereien die sich der Bundestag erlaubt haben als er die ihm im Urteil 1 BvR 933/01 des Bundesverfassungsgerichtes gesetzte Frist zur Abänderung des § 1666a am 31. Dezember 2003 verstreichen ließ ist ein Staatsstreich. Eindeutig verstößt der Bundestag gegen die ihn regulierende Verfassung, ein Vorgang vergleichbarer Dimension hat letztmalig mit der Machtergreifung Adolf Hitlers auf deutschem Boden stattgefunden. Die hierdurch bis zum 19. Mai 2013 eingetretenen Schäden sind irreparabel, die Reform inakzeptabel.

Deutsche Gerichte, Ämter, Polizisten und Juristen als Bestandteil der Rechtspflege haben sich darüber hinaus auf das allererheblichste gegen jede Form der grundgesetzlich garantierten Rechtsstaatlichkeit vergangen, man hat versucht Menschen wegen ihres Geschlechtes und – was wesentlich schwerer wiegt – unterstellter Behinderungen ihrer universellen Menschenrechte zu berauben und vor allem versucht den deutschen Volksstamm in eine geschlechtlich und genetisch höher- und minderwertige Bevölkerungsgruppe zu unterteilen historisch zuletzt dem religiösen Spaltungismus zu Zeiten der Judenverfolgung entsprechend. Außerdem hat man versucht die freie negative Religionsausübung des Atheismus zu behindern sowie, und das ist das schwerwiegendste, atheistischen

Eltern versucht zu verbieten über die religiöse Erziehung der eigenen Kinder zu bestimmen.

Männer sollten sich in der Bundesrepublik mit Wehrpflicht fürs Vaterland erschießen lassen und für vermutete Vaterschaftsverhältnisse mit Pflichten aber ohne Rechte zahlen. Die Regierung ist allen ernstes der Meinung die Rolle des Mannes sei die des Zahlemanns der für die im Zweifelsfall aus auch aus Fremdgehen resultierenden Fehlritte von Frauen finanziell geradzustehen und ansonsten bei der Erziehung der im besten Falle eigenen Kinder DIE PRESSE ZU HALTEN habe.

Ganz besonders schwer wiegt daß die Bevölkerung über den seit vielen Jahren erklärten Bürgerkriegszustand im Unklaren gelassen worden ist und daß so die Wahlen manipuliert worden sind.